

Streit ums Wahlrecht geht weiter

Grüne und CDU wollen Thema heute besprechen – Interne Querelen in der Union

Von Katja Korf

STUTTGART - Soll das Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg geändert werden? Nein, lautet die Antwort einer großen Mehrheit der CDU-Abgeordneten im Landtag. Das Votum vom Dienstag hat eine Koalitionskrise mit den Grünen ausgelöst. Die fordern weiter eine Reform, um mehr Frauen und Migranten ins Parlament zu holen. Am Tag danach zeichnet sich noch keine Lösung des Konflikts ab. Am Donnerstag nehmen die Spitzen der Regierungsparteien einen neuen Anlauf, um den Streit zu schlichten. Doch zuerst muss sich die CDU intern einigen.

Es ist eine spontane Äußerung, und sie bringt das Kernproblem der CDU auf den Punkt. „Aber wir sind uns doch einig“, antwortet eine Unions-Abgeordnete auf die Frage, warum die CDU sich streite. Sie meint: die Fraktion, also die Landtagsabgeordneten, sind sich einig. Dass der CDU-Landeschef Thomas Strobl und Teile der Parteiführung anders denken als die Abgeordneten, das gilt nicht als interner Streit. Weil die Fraktion sich als Einheit betrachtet, nicht die CDU als Ganzes.

Die Parlamentarier wollen am geltenden Wahlrecht festhalten: Bürger haben eine Stimme, die den Wahlkreisabgeordneten ebenso bestimmt wie den Stimmenanteil seiner Partei. Eine Landesliste, um mehr Frauen, Migranten, Quereinsteiger ins Parlament zu bringen, lehnen sie ab. „Eine Liste gewährt der Partei viel Einfluss auf die Kandidaten, darunter leidet die Nähe zur Basis“, argumentiert der Aalener CDU-Mann Winfried Mack. Der Wangerener Unionsabgeordnete Raimund Haser betont: „Wir stehen hinter dem Ziel, dass der Landtag die Gesellschaft in ihrer Breite abbilden muss – mit mehr Frauen oder Migranten. Aber wir halten das Wahlrecht für das falsche Instrument.“

CDU-Minister warnen

In der Fraktionssitzung am Dienstag hatten sich alle 43 Abgeordneten zu Wort gemeldet. Dann ließ Fraktionschef Wolfgang Reinhart abstimmen. Da waren mehrere Parlamentarier bereits gegangen oder hatten den Saal kurz verlassen. Die Anwesenden votierten gegen eine Wahlrechtsreform. Verwirrung gab es um das exakte Ergebnis. Ein Fraktionsprecher sagte, es habe nur Zustimmung gegeben. Andere Teilnehmer berichteten von einer Enthaltung.

Inhaltlich war man sich weitgehend einig – das bewährte Einstimmen-System sei gut. Mehrere Redner weisen aber auf mögliche Konsequenzen eines Votums gegen eine Wahlrechtsreform hin. So warnten die Minister Peter Hauk und Nicole Hoffmeister-Kraut davor, die Koalitionsvereinbarung mit den Grünen zu brechen. Deren Fraktionschef Andreas Schwarz pocht auf die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung. „Ich erwarte, dass die CDU zu einer verlässlichen Grundlage zurückkehrt“. In der Vereinbarung zwischen Grünen und CDU steht: Das Landtagswahlrecht soll geändert



Koalitionäre im Krisenmodus (von links): Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz, CDU-Landeschef und Innenminister Thomas Strobl, Staatsminister Klaus-Peter Murawski (Grüne) und Agrarminister Peter Hauk (CDU). FOTO: DPA

werden. Unterschrieben haben auch die damaligen Vertreter der Landtagsfraktion, Guido Wolf und Peter Hauk. Die CDU-Abgeordneten wurden während der Koalitionsverhandlung mit den Grünen laufend über den Stand informiert.

Parteichef Thomas Strobl hatte sich für eine Reform stark gemacht und steht bei der Frauen Union im Wort. Die fordert die Änderung seit Langem. Das Nein der CDU-Abge-

ordneten brüskiert Strobl. Allerdings bemängeln auch Unterstützer, dem Innenminister fehle es an Führungsstärke. Er setze sich nicht gegen Fraktionschef Reinhart durch und fehle bei wichtigen internen Debatten.

Andere Christdemokraten sind verärgert über Reinhart. „Es geht hier nur um seine persönlichen Machtgelüste. Beim Bürger kommt nur an, dass die CDU streitet und sich nicht an Absprachen hält“, sagt

ein Mitglied des Landesvorstands. „Das hatten wir schon unter dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus und es hat uns in ein Loch gerissen, aus dem wir noch nicht herausgekommen sind.“

Auch Agrarminister Hauk hält den internen Clinch für kontraproduktiv: „Die CDU droht in eine geliebte alte Rolle zu fallen, parteiinterne Machtspiele zu führen und so die eigene Position zu schwächen.“

Nachgefragt

„Ich erwarte von der Fraktion mehr als warme Worte“

STUTTGART - Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz (Foto: Michael Bollenbacher) ist Bundeschefin der Frauen Union. Sie war im Team der CDU, das den Koalitionsvertrag mit den Grünen im Südwesten ausgehandelt hat. Katja Korf befragte sie.



Wie bewerten Sie das Verhalten der Fraktion?

Ich bin schon enttäuscht, dass sich die CDU-Landtagsfraktion hier einfach verweigert. 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts reicht es nicht mehr aus, nur Nein zu sagen. Baden-Württemberg steht seit Jahrzehnten bundesweit am Ende der Tabelle, was die Repräsentanz von Frauen und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen im Parlament anbelangt. Hier wird einmal mehr eine historische Chance vertan.

Was erwarten Sie jetzt?

Wir können die CDU-Landtagsfraktion nicht so einfach aus ihrer

Verantwortung entlassen. Mandatsträger sind stets auch Repräsentanten der Parteien, die sie zur Wahl aufgestellt haben. Koalitionsverträge sind ein Geben und Nehmen. Die CDU muss ein verlässlicher Partner sein. Für mich ist dies eine Frage von Koalitionstreue. Ich erwarte von einer Regierungsfraktion schon mehr als nur warme Worte in Richtung Partei und gut gemeinten Absichtserklärungen. Bis heute fehlt ein konkreter Vorschlag oder ein messbarer Beitrag, wie Baden-Württemberg endlich eine angemessene Repräsentanz von Frauen im Landtag erreichen will. Wo bleibt der sprichwörtliche Tüftlergeist? Andere Länder gehen uns voran. Baden-Württemberg kann mehr.

Was halten Sie von dem Argument, ein Listenwahlrecht würde bei der CDU nicht zu einem höheren Frauenanteil im Parlament führen? Bei Bundestagswahlen gibt es ein Zweistimmen-Wahlrecht, doch es haben aus Baden-

Württemberg nur drei CDU-Frauen nach Berlin geschafft.

Man kann Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Bei der Bundestagswahl 2017 hat die CDU alle Direktmandate im Land errungen, die Landesliste kam daher erst gar nicht zum Zuge. In der letzten Legislaturperiode allerdings zogen sechs von neun baden-württembergischen CDU-Frauen über die Liste in den Bundestag. Bei Landtagswahlen spielte in der Vergangenheit die Zweitauszählung für die CDU keine besondere Rolle. Das hat sich 2016 aber geändert: Die CDU hat lediglich 22 von 70 Direktmandaten errungen und 20 CDU-Abgeordnete erhielten ihren Sitz über die Zweitauszählung. Eine Landesliste ist kein Allheilmittel, aber sie bietet den Mitgliedern der Parteien bei der Aufstellung ihrer Bewerberinnen und Bewerber deutlich mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten. Für die CDU bedeutet dies: Mehr Chancen auch für Kandidaten aus Groß- und Universitätsstädten und mehr Frauen, Jüngere oder Menschen mit Migrationsgeschichte in den Landtag zu entsenden.